

Fragen

**für die Fragestunde der Sitzung des Deutschen Bundestages
am Mittwoch, dem 26. Januar 2000**

Verzeichnis der Fragenden

<i>Abgeordnete</i>	<i>Nummer der Frage</i>	<i>Abgeordnete</i>	<i>Nummer der Frage</i>
Börnsen, Wolfgang (Bönstrup) (CDU/CSU)	22, 23	Dr. Laufs, Paul (CDU/CSU)	3
Bonitz, Sylvia (CDU/CSU)	21	Lenke, Ina (F.D.P.)	1, 2
Dehnel, Wolfgang (CDU/CSU)	19	Dr. Mayer, Martin (Siegertsbrunn) (CDU/CSU)	6, 7
Dreßen, Peter (SPD)	41	Michelbach, Hans (CDU/CSU)	27, 28
Haschke, Gottfried (Großhennersdorf) (CDU/CSU)	4, 5	Niebel, Dirk (F.D.P.)	8, 26
Hauser, Norbert (Bonn) (CDU/CSU)	29, 30	Nolting, Günther Friedrich (F.D.P.)	39, 40
Hinsken, Ernst (CDU/CSU)	31, 32	Otto, Hans-Joachim (Frankfurt) (F.D.P.)	35, 36
Hofbauer, Klaus (CDU/CSU)	9, 10	Dr. Schmidt-Jortzig, Edzard (F.D.P.)	33, 34
Kalb, Bartholomäus (CDU/CSU)	24, 25	Dr. Schuchardt, Erika (CDU/CSU)	11, 12
Kopp, Gudrun (F.D.P.)	37, 38	Siemann, Werner (CDU/CSU)	42, 43
Koppelin, Jürgen (F.D.P.)	16, 17	Dr. Uhl, Hans-Peter (CDU/CSU)	20
Koschyk, Hartmut (CDU/CSU)	13, 18	Dr. Westerwelle, Guido (F.D.P.)	14, 15

Verzeichnis der Geschäftsbereiche der Bundesregierung

	<i>Seite</i>
Geschäftsbereich des Bundesministeriums für Familie, Senioren, Frauen und Jugend	3
Geschäftsbereich des Bundesministeriums für Umwelt, Naturschutz und Reaktorsicherheit	3
Geschäftsbereich des Bundesministeriums für Ernährung, Landwirtschaft und Forsten	3
Geschäftsbereich des Bundesministeriums für Arbeit und Sozialordnung	4
Geschäftsbereich des Bundesministeriums für Verkehr, Bau- und Wohnungswesen	4
Geschäftsbereich des Bundeskanzleramtes	5
Geschäftsbereich des Auswärtigen Amtes	6
Geschäftsbereich des Bundesministeriums des Innern	6
Geschäftsbereich des Bundesministeriums der Finanzen	7
Geschäftsbereich des Bundesministeriums für Wirtschaft und Technologie	9
Geschäftsbereich des Bundesministeriums der Verteidigung	10

**Geschäftsbereich des Bundesministeriums für Familie,
Senioren, Frauen und Jugend**

1. Abgeordnete
**Ina
Lenke**
(F.D.P.) Stellt die Bundesregierung Überlegungen an darauf hinzuwirken, dass an deutschen Schulen eine Abgabe der „Pille danach“ an Schülerinnen eingeführt wird?
2. Abgeordnete
**Ina
Lenke**
(F.D.P.) Unterstützt die Bundesregierung Aussagen von Politikerinnen der Koalitionsfraktionen, dass eine Abgabe der „Pille danach“ an deutschen Schulen wünschenswert sei?

**Geschäftsbereich des Bundesministeriums für Umwelt,
Naturschutz und Reaktorsicherheit**

3. Abgeordneter
**Dr. Paul
Laufs**
(CDU/CSU) Wie ist der aktuelle Stand der Genehmigungsverfahren für innerdeutsche und grenzüberschreitende Atomtransporte?

**Geschäftsbereich des Bundesministeriums für Ernährung,
Landwirtschaft und Forsten**

4. Abgeordneter
**Gottfried
Haschke**
(Großhennersdorf)
(CDU/CSU) Existieren seitens der Bundesregierung konkrete Vorstellungen für die Konditionen des so genannten Agrardiesels, und wie hoch ist der Beihilfesatz bei diesem Modell?
5. Abgeordneter
**Gottfried
Haschke**
(Großhennersdorf)
(CDU/CSU) Ist damit die Einführung einer Förderobergrenze in Höhe von 3 000 DM je Unternehmen obsolet?

Geschäftsbereich des Bundesministeriums für Arbeit und Sozialordnung

6. Abgeordneter
Dr. Martin Mayer
(Siegertsbrunn)
(CDU/CSU)
- Wie ist der Stand der im Dezember 1999 von der Bundesanstalt für Arbeit geplanten Dienstanweisung, die praktisch zum bundeseinheitlichen Verbot der Erteilung von Arbeitsgenehmigungen für ausländische EDV-Spezialisten mit Hochschulabschluss führen soll?
7. Abgeordneter
Dr. Martin Mayer
(Siegertsbrunn)
(CDU/CSU)
- Teilt die Bundesregierung meine Auffassung, dass die Erteilung von Arbeitsgenehmigungen für ausländische EDV-Spezialisten erleichtert werden soll, um den Wirtschafts- und Forschungsstandort Deutschland zu stärken?

Geschäftsbereich des Bundesministeriums für Verkehr, Bau- und Wohnungswesen

8. Abgeordneter
Dirk Niebel
(F.D.P.)
- Hält die Bundesregierung am Verkauf der Eisenbahnerwohnungen fest, auch vor dem Hintergrund der Äußerungen des Abgeordneten und Mitglieds im Finanzausschuss, Lothar Binding (SPD), gemäß der Schwetzingen Zeitung vom 12. Mai 1999, wonach er sich aus grundsätzlichen Erwägungen gegen den Verkauf der Eisenbahnerwohnungen ausgesprochen und in diesem Zusammenhang vor Schnellschüssen oder dem Heraufbeschwören eines Haushaltsloches gewarnt hat, und wie begründet sie ihre Auffassung?*)
9. Abgeordneter
Klaus Hofbauer
(CDU/CSU)
- Welche Zielsetzung wird die Novelle zum Regionalisierungsgesetz im Zuge der Bahnreform zum Inhalt haben?
10. Abgeordneter
Klaus Hofbauer
(CDU/CSU)
- Wann wird die Novelle zum Regionalisierungsgesetz im Zuge der Bahnreform dem Parlament zur Beratung vorgelegt werden?

*) siehe hierzu auch Frage 26

11. Abgeordnete
**Dr. Erika
Schuchardt**
(CDU/CSU)

Warum ist bereits vor der offiziellen Ausschreibung für die Bewerbung um einen Standort für die Europäische Luftfahrt-Behörde auf Anfrage aus Braunschweig vom Parlamentarischen Staatssekretär beim Bundesminister für Verkehr, Bau- und Wohnungswesen, Lothar Ibrügger, mit Schreiben vom 24. November 1999 mitgeteilt worden, dass Braunschweig – weltweit bekannt als Sitz der nationalen Luftfahrt-Behörde – von einer Bewerbung als Standort für die Europäische Luftfahrt-Behörde absehen solle, um die Chancen einer anderen deutschen Bewerbung nicht zu schmälern?

12. Abgeordnete
**Dr. Erika
Schuchardt**
(CDU/CSU)

Warum werden die Synergieeffekte, die sich aus der Ansiedlung einer europäischen Luftfahrt-Behörde am gleichen Standort wie die nationale Luftfahrt-Behörde ergeben würden, von der Bundesregierung im Falle Braunschweigs negativ gesehen, obwohl die Mitbewerber-Länder (Frankreich/Paris; Niederlande/Amsterdam; Österreich/Wien) sich gerade mit diesem Argument bewerben werden, nämlich dass sich durch die Nähe von nationaler und europäischer Luftfahrt-Behörde positive Synergieeffekte erzielen lassen und das Beispiel der nationalen und europäischen Patentämter in München die Entscheidung zugunsten der Synergieeffekte rechtfertigt?

Geschäftsbereich des Bundeskanzleramtes

13. Abgeordneter
**Hartmut
Koschyk**
(CDU/CSU)

Wie gedenkt die Bundesregierung der von den Ministerpräsidenten der Länder auf ihrer Besprechung am 16. Dezember 1999 mit dem Bundeskanzler in Bonn geäußerten Bitte nachzukommen, die künftige Kulturförderung nach § 96 Bundesvertriebenengesetz in einem konstruktiven Dialog mit allen Beteiligten, insbesondere den Ländern, den Vertriebenen und den betroffenen Institutionen zu entwickeln?

14. Abgeordneter
**Dr. Guido
Westerwelle**
(F.D.P.)

Hat die Bundesregierung die in der Wochenzeitschrift „Der Spiegel“ Nr. 3 (17. Januar 2000) auf den Seiten 47 bis 49 mit dem Titel „Den Wandel gestalten“ erschienene und von Gerhard Schröder und Joschka Fischer unterschriebene Anzeige in Auftrag gegeben oder daran mitgewirkt?

- | | |
|--|--|
| 15. Abgeordneter
Dr. Guido
Westerwelle
(F.D.P.) | Hat die Bundesregierung diese Anzeige bezahlt? |
|--|--|

Geschäftsbereich des Auswärtigen Amts

- | | |
|---|--|
| 16. Abgeordneter
Jürgen
Koppelin
(F.D.P.) | Wird der Bundesminister des Auswärtigen, Joseph Fischer, allein durch Angehörige des Bundeskriminalamtes gesichert oder gibt es für ihn auch Sicherheitskräfte, die nicht dem Bundeskriminalamt angehören? |
| 17. Abgeordneter
Jürgen
Koppelin
(F.D.P.) | Wird der Bundesminister des Auswärtigen, Joseph Fischer, auf Veranstaltungen von BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN, z. B. auf Parteitagen, ausschließlich von Angehörigen des Bundeskriminalamtes gesichert? |
| 18. Abgeordneter
Hartmut
Koschyk
(CDU/CSU) | Welche Erkenntnisse besitzt die Bundesregierung über die Bewertung der Europäischen Kommission, ob das Reprivatisierungs-, Entschädigungs- und Restitutionsrecht in Staaten, die die Aufnahme in die Europäische Union begehren wie vor allem Polen und die Tschechische Republik, mit dem Rechtsbestand der Europäischen Union (acquis communautaire) vereinbar ist, und welche eigene Auffassung vertritt die Bundesregierung gegenüber der Europäischen Union und den betreffenden Staaten? |

Geschäftsbereich des Bundesministeriums des Innern

- | | |
|---|---|
| 19. Abgeordneter
Wolfgang
Dehnel
(CDU/CSU) | Was unternimmt die Bundesregierung, um eine bessere Vernetzung von Fahndungsergebnissen und -maßnahmen zur Aufklärung von Schwerverbrechen zu erreichen, damit beispielsweise solche Aufklärungsspannen wie beim Zugmord im Regional-Express Dresden-Zwickau im Jahr 1995 – veröffentlicht in „Freie Presse“ vom 28. Dezember 1999 – möglichst vermieden werden können? |
|---|---|

20. Abgeordneter
Dr. Hans-Peter Uhl
(CDU/CSU)
- Stimmt die Bundesregierung der These einer ständig wachsenden Bedrohung für die verfassungsmäßige Ordnung der Bundesrepublik Deutschland durch die organisierte Kriminalität zu, und wenn ja, ist sie bereit, das Bundesamt für Verfassungsschutz mit der nachrichtendienstlichen Überwachung und Abwehr der organisierten Kriminalität – so wie es in Bayern bereits der Fall ist – zu beauftragen?
21. Abgeordnete
Sylvia Bonitz
(CDU/CSU)
- Gibt es hinsichtlich der aus den USA nach Deutschland zurückzuführenden Stasi-Unterlagen Vereinbarungen bzw. Absichten, die eine Einschränkung der Verwertungshoheit über die Daten für Deutschland beinhalten, und falls ja, wie gedenkt die Bundesregierung den öffentlichen Zugang zu diesen Daten, die für die Öffentlichkeit von größtem Interesse sein dürften, zu gewährleisten?
22. Abgeordneter
Wolfgang Börnsen (Bönstrup)
(CDU/CSU)
- Welchen Telekommunikationsanbieter verwenden die Bundesregierung und die nachgeordneten Bundesbehörden und zu welchen tariflichen Konditionen erfolgen Telefon- und Internet-Nutzung?
23. Abgeordneter
Wolfgang Börnsen (Bönstrup)
(CDU/CSU)
- Sind der Bundesregierung andere private Telekommunikationsanbieter bekannt, die gleichwertige Leistungen zu preiswerteren Konditionen anbieten, deren Nutzung den Steuerzahler entlasten würde, und liegen ihr Kenntnisse darüber vor, ob es in den einzelnen Bundesländern bzw. im Ausland, insbesondere in den USA und den EU-Nachbarstaaten, durch einen Wechsel der Telekommunikationsgesellschaft zu Einsparungen in den öffentlichen Haushalten gekommen ist?

Geschäftsbereich des Bundesministeriums der Finanzen

24. Abgeordneter
Bartholomäus Kalb
(CDU/CSU)
- Aufgrund welcher Annahmen und steuerlichen Entlastungen kommt die Bundesregierung zu Steuermindereinnahmen von 1,1 Mrd. DM im Entstehungsjahr für die Familienentlastung 2002, wie aus dem am 22. Dezember 1999 vorgelegten Papier hervorgeht?

- | | |
|---|--|
| 25. Abgeordneter
Bartholomäus
Kalb
(CDU/CSU) | Hält die Bundesregierung im Rahmen der geplanten Familienentlastung 2002 an dem heutigen bestehenden und verfassungsrechtlich verankerten Ehegattensplittung fest? |
| 26. Abgeordneter
Dirk
Niebel
(F.D.P.) | Wie gedenkt die Bundesregierung das durch den Nichtverkauf der Eisenbahnerwohnungen im Bundeshaushalt entstehende Loch von 7,1 Mrd. DM zu schließen?*) |
| 27. Abgeordneter
Hans
Michelbach
(CDU/CSU) | Inwieweit sind die von der Bundesregierung geplanten Finanzmittel in Höhe von 250 Mio. DM im Rahmen des Sanierungskonzepts für die Holzmann AG aus EU-rechtlicher Perspektive zulässig? |
| 28. Abgeordneter
Hans
Michelbach
(CDU/CSU) | Kann das Sanierungskonzept möglicherweise von der Europäischen Kommission als unerlaubte indirekte Beihilfe verstanden werden, da mehrere öffentlich-rechtliche Banken beteiligt sind? |
| 29. Abgeordneter
Norbert
Hauser
(Bonn)
(CDU/CSU) | Ist es Auffassung der Bundesregierung, dass sie, so wie vom Staatssekretär im Bundesministerium der Finanzen, Manfred Overhaus, in einem Schreiben vom 1. Oktober 1999 der Bonner Oberbürgermeisterin mitgeteilt, ab 2004 die finanzielle Unterstützung für die Kulturarbeit in Bonn einstellen will und wenn ja, ist die Bundesregierung der Auffassung, dass diese Absicht mit § 6 Abs. 4 des Berlin/Bonn-Gesetzes vom 26. April 1994, wonach die Bundesstadt Bonn in Zukunft gesamtstaatliche Repräsentationsaufgaben zu übernehmen hat und diese Wahrnehmung vom Bund unterstützt wird, vereinbar ist? |
| 30. Abgeordneter
Norbert
Hauser
(Bonn)
(CDU/CSU) | Wer ist für die Bundesregierung für die Verhandlungen des Bonn-Vertrages zuständig und entscheidungsbefugt? |

*) siehe hierzu auch Frage 8

Geschäftsbereich des Bundesministeriums für Wirtschaft und Technologie

31. Abgeordneter
Ernst Hinsken
(CDU/CSU)
- Teilt die Bundesregierung die Meinung, dass es eine große Benachteiligung für deutsche Omnibusunternehmer ist, falls zutreffen sollte, dass die Stadtverwaltung von Rom wegen der im Heiligen Jahr zu erwartenden Pilgerströme plant, keine Reisebusse mehr ins Zentrum fahren zu lassen und Reisende an der Stadtgrenze auf öffentliche Verkehrsmittel umsteigen müssen?
32. Abgeordneter
Ernst Hinsken
(CDU/CSU)
- Wird die Bundesregierung über die italienische Regierung auf die römische Stadtverwaltung Einfluss nehmen und will sie andere EU-Länder gewinnen, die sie in den Bemühungen unterstützen, von diesem Vorhaben abzulassen?
33. Abgeordneter
Dr. Edzard Schmidt-Jortzig
(F.D.P.)
- Teilt die Bundesregierung die Auffassung des Wissenschaftlichen Beirats beim Bundesministerium für Wirtschaft und Technologie, dass das Regulierungsgefälle zwischen dem Rundfunk und den übrigen Medien anachronistisch ist und zugunsten größerer Freiheit aufgelöst werden muss, da es allein über die These der besonderen Eindringlichkeit bewegter Bilder nicht mehr zu rechtfertigen ist?
34. Abgeordneter
Dr. Edzard Schmidt-Jortzig
(F.D.P.)
- Teilt die Bundesregierung die Auffassung des Wissenschaftlichen Beirats beim Bundesministerium für Wirtschaft und Technologie, dass der traditionelle Ansatz des nationalen Medienrechts in technischer, juristischer und auch kultureller Hinsicht überholt ist?
35. Abgeordneter
Hans-Joachim Otto
(Frankfurt)
(F.D.P.)
- Teilt die Bundesregierung die Auffassung des Wissenschaftlichen Beirats beim Bundesministerium für Wirtschaft und Technologie, dass ein Großteil der überkommenen Regulierungen ersatzlos entfallen könnte, wenn man Wettbewerb und Fusionskontrollen als Gewähr für das öffentliche Interesse an einer freien, durch Meinungsvielfalt geprägten Ordnung anerkennen würde, wie es schon das Bundesverfassungsgericht bei der Presse getan hat?

36. Abgeordneter
Hans-Joachim Otto
(Frankfurt)
(F.D.P.)
- Teilt die Bundesregierung die Auffassung des Wissenschaftlichen Beirats beim Bundesministerium für Wirtschaft und Technologie, dass bei den Richtungsmedien die Frage nach der Meinungsvielfalt gleichbedeutend mit der Frage nach dem Wettbewerb ist?
37. Abgeordnete
Gudrun Kopp
(F.D.P.)
- Teilt die Bundesregierung die Auffassung des Wissenschaftlichen Beirats beim Bundesministerium für Wirtschaft und Technologie, dass ein unterhaltendes Medium viel eher unter Wettbewerbsbedingungen entpolitisiert wird als versteckt politisch?
38. Abgeordnete
Gudrun Kopp
(F.D.P.)
- Teilt die Bundesregierung die Auffassung des Wissenschaftlichen Beirats beim Bundesministerium für Wirtschaft und Technologie, dass mit dem Aufsichtssystem der gesellschaftlich relevanten Gruppen für die Programmauswahl beim Rundfunk, welche der Gesetzgeber bestimmen muss, ein vordemokratisch ständisches Prinzip angewandt wird und sich das Medienrecht unversehens in Richtung Zensur bewegt?

Geschäftsbereich des Bundesministeriums der Verteidigung

39. Abgeordneter
Günther Friedrich Nolting
(F.D.P.)
- Ist die Bundesregierung der Auffassung, dass Soldaten der Bundeswehr, die in integrierten NATO-Verbänden Dienst leisten, auf Beschluss des NATO-Ministerrates und ohne Zustimmung des Deutschen Bundestages an einem Auslandseinsatz teilnehmen dürfen und dass sie möglicherweise dadurch entstehende Versorgungslücken selbst tragen müssen?
40. Abgeordneter
Günther Friedrich Nolting
(F.D.P.)
- Teilt die Bundesregierung meine Auffassung, dass Soldaten der Bundeswehr als Angehörige des NATO-E-3A-Verbandes bezüglich des Auslandsverwendungszuschlages (AVZ) anders behandelt werden als Bundeswehrsoldaten, die bei Auslandseinsätzen nationalen Kommandobehörden unterstellt sind und welche Maßnahmen beabsichtigt sie, zur Beseitigung dieser unterschiedlichen Behandlung zu ergreifen?

- | | |
|--|---|
| 41. Abgeordneter
Peter
Dreßen
(SPD) | Ist es möglich, zur Aufarbeitung des Sturmholzes, das durch den Orkan „Lothar“ in den baden-württembergischen Wäldern in riesigem Umfang am Boden liegt, Einheiten der Bundeswehr zur Unterstützung der Waldbesitzer einzusetzen? |
| 42. Abgeordneter
Werner
Siemann
(CDU/CSU) | Wie beurteilt die Bundesregierung den Umstand, dass die Kosten, die durch die notwendige Berlin-Präsenz von Mitarbeitern des Bundesministeriums der Verteidigung mit Dienstsitz Bonn entstehen, nicht gesondert erfasst werden können, nicht zuletzt vor dem Hintergrund der angespannten Haushaltslage, und ist beabsichtigt, dies in Zukunft zu ändern? |
| 43. Abgeordneter
Werner
Siemann
(CDU/CSU) | Welche Überlegungen oder Pläne zur Verlagerung von zivilen und/oder militärischen Organisationseinheiten des Bundesministeriums der Verteidigung von Bonn nach Berlin gibt es? |

